Protokoll Gemeinderat

Stadt Dietikon

16. Sitzung vom 4. Juni 2015

Sitzungsdauer	20.00 Uhr bis 22.00 Uhr
Vorsitz	Cécile Mounoud, Präsidentin
Protokoll	Philipp Meier, Sekretär-Stv.
Stimmenzähler	Nadine Burtscher Rosmarie Joss Catalina Wolf-Miranda
Anwesend	33
Abwesend	Philipp Müller Raphael Müller Manuel Peer
Behördenvertreter	Stadtpräsident Otto Müller Vizepräsident Jean-Pierre Balbiani Stadtrat Roger Bachmann Stadtrat Roger Brunner Stadtrat Rolf Schaeren Stadträtin Esther Tonini
Entschuldigt	Stadtrat Heinz Illi
Weibeldienst	PS David Gander

Mitteilungen

a) Die Frage von Anton Kiwic betreffend Fumoir im Ruggacker anlässlich der Fragestunde vom 7. Mai 2015 wurde in eine Kleine Anfrage umgewandelt.

b) Der Bezirksrat Dietikon hat Werner Hogg mit Beschluss vom 20. Mai 2015 per 31. Juli 2015 aus dem Gemeinderat entlassen.

c) Michael Kramer hat seinen Rücktritt als Mitglied des Wahlbüros bekanntgegeben.

d) Peter M. Wettler hat am 21. Mai 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Wert Grundstück und Gebäude kataster Nummer 6986 eingereicht

e) Peter M. Wettler hat am 21. Mai 2015 eine Kleine Anfrage betreffend beschädigte Ahorn-Bäume an der Zürcherstrasse entlang der Überbauung Trio eingereicht

f) Peter M. Wettler hat am 2. Juni 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Abflugbewegungen über Dietikon eingereicht.

Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 7. Mai 2015 wird genehmigt.

Traktandenliste

Das Traktandum 8 entfällt wegen Abwesenheit von Manuel Peer (SP). Weiter werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

Fraktionserklärung SP

Catherine Peer (SP) erklärt, dass die SP, wie auch sie, Teil des Initiativkomitees ist, welche die Initiative „Ja zum historischen Ortskern“ lanciert hat. Sie haben alle, nicht nur die SP auch die AL, die Grünen und die CVP Unterschriften gesammelt, welche innert kürzester Zeit zusammen gekommen sind. Noch während der Sammelfrist hat die Stadt jedoch den Alten Bären klammheimlich verkauft. Die Unterschriften wurden dennoch eingereicht. Inzwischen sind Monate vergangen. Die Stadt hat es nie für nötig gehalten, die Initiative für erheblich, also als zustande gekommen, zu erklären. Sie schweigt sich darüber aus. Es ist eine Schande, dass der Volkswille sowie die Initianten in keiner Weise ernst genommen werden. Das ist unanständig. Ist ein wenig Anstand zu viel verlangt? Oder hat die Stadt Angst, dass nach der Erheblichkeitserklärung der Initiative etwas Unangenehmes folgen könnte? Sie fordert, dass die Angelegenheit endlich geklärt wird.

F3.08.05 **Jahresrechnung, Nachtragskredite** **28-2015**

Jahresrechnung 2014

Referent: Jörg Dätwyler, Präsident RPK

Die wesentliche Aufgabe der RPK bei der Prüfung der Jahresrechnung ist der Vergleich der Jahresrechnung mit dem Budget. Das Budget ist schliesslich nichts anderes als eine Abmachung zwischen dem Stadtrat und dem Parlament, welcher Aufwand, beziehungsweise Ertrag für welchen Zweck aufgewendet respektive eingenommen werden soll. Die wesentlichen Abweichungen müssen dabei von der entsprechenden Ressortvorsteherin oder Ressortvorsteher plausibel erklärt werden.

Anders als in den vergangenen Jahren hat die RPK dieses Mal alle Abteilungen besucht, um sich direkt vor Ort ein Bild über die Tätigkeiten von den Verwaltungsangestellten zu machen. Als Prüfschwerpunkt dieser Besuche hat die Kommission den Sachaufwand, also alle 31er Konti, zum Beispiel das allerseits bekannte 3180, Dienstleistungen Dritter, festgelegt. Dabei wurde aufgrund der entsprechenden Kontenblätter die wesentlichen Aufwandposten auf Kriterien wie Gebundenheit, Dringlichkeit, Zweckmässigkeit, und Wirtschaftlichkeit hinterfragt. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an alle Verwaltungsmitarbeitenden, die der Kommission bei ihren Besuchen kompetent Rede und Antwort gestanden haben.

Die RPK hat in insgesamt acht Sitzungen die finanzpolitische Rechnungsprüfung durchgeführt. Ein ganz herzliches Dankeschön an dieser Stelle an Finanzvorstand Rolf Schaeren und an die Leiterin der Finanzabteilung, Nathalie Homberger, ihre Mitarbeitenden Toni Ruotolo und Anina Ritter, für die stets professionelle fachliche Begleitung und Unterstützung während der Prüfung der Jahresrechnung 2014. Ebenfalls ein herzliches Dankeschön an alle übrigen Stadträte sowie den entsprechenden Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, welche die Fragen der RPK kompetent und souverän beantwortet haben. Auch dieses Jahr ist die fachtechnische Prüfung von der Jahresrechnung durch die Revisionsdienste des Gemeindeamtes vorgenommen worden. Mit dem entsprechenden Schlussbericht teilen sie uns mit, dass die vorliegende Jahresrechnung den geltenden Vorschriften entspricht und somit genehmigt werden kann. Minderaufwendungen gegenüber dem Voranschlag im Bereich von Abschreibungen, Sozialhilfe, Sachaufwand, Mehrerträge bei den Steuern aus früheren Jahren, Grundstückgewinnsteuern, aber auch bei Pflegetaxen, Benützungsgebühren und Bussen führten zu einer Verbesserung der Rechnung gegenüber dem Budget um 14.1 Mio. Fr. Verschlechterungen sind bei den Zusatzleistungen, Kleinkinderbetreuungsbeiträgen, Alimentenbevorschussungen, Steuerausscheidungen und Aushilfsentschädigungen auszumachen; zusammen rund 4.9 Mio. Fr. Unter dem Strich sind das rund 9.2 Mio. Fr. besser als budgetiert. Weil Dietikon im Rahmen des Übergangsausgleichs 16.1 Mio. Fr. zugesichert bekommen hat, bedeutet das, dass die ganzen 9.2 Mio. Fr. wieder an den Kanton zurückbezahlt werden müssen. Dieser Umstand hat innerhalb der Kommission einmal mehr zu Diskussionen über den Sinn- und Unsinn der Ausgleichsregelung geführt. Schlussendlich schliesst die Rechnung bei einem Aufwand von 224.5 Mio. Fr. und einem Ertrag von 223.8 Mio. Fr. mit einem Aufwandüberschuss von rund Fr. 700'000.00 ab.

Dass das Budget vor allem in der Investitionsrechnung, aber auch zum Teil in der laufenden Rechnung nicht einmal annähernd ausgeschöpft wurde, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Verwaltungsabteilungen. Dieser Umstand wird in vielen Fällen mit mangelnden personellen Ressourcen erklärt. Die RPK ist der Meinung, dass man im Stadtrat genug flexibel sein müsste, um die Prioritäten auch bei personellen Engpässen richtig zu setzen. Es kann nicht sein, dass man auf Investitionen, welche zum Teil vom Übergangsausgleich gedeckt gewesen wären, verzichtet, nur weil man im Stadtrat nicht in der Lage ist, die Prioritäten entsprechend zu setzen. Die fehlenden Überwachungskameras bei den Schulhäusern, wo in jüngerer Zeit ein viel teurerer Vandaleakt möglicherweise verhindern hätte werden können, zeigt, dass eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Stadtregierung und allen Verwaltungsabteilungen notwendig ist, um unnötige Aufwendungen zu verhindern.

Um Grundlagen für die späteren Besuche in den Abteilungen zusammenzutragen, haben sie sich bei der stichprobenmässigen Belegkontrolle vor allem auf die Konti des Sachaufwandes konzentriert. Dabei haben sie im Wesentlichen festgestellt, dass der gemeinderätliche Wunsch der zentralen Beschaffung langsam ernst genommen wird. Die Fragen der Kommission zu den Sachaufwendungen sind im Grossen und Ganzen plausibel beantwortet worden. Alle Belege sind ordnungsgemäss visiert, verbucht und abgelegt worden.

Wie schon im Vorjahr schliesst die Laufende Rechnung von der Präsidialabteilung ziemlich genau im Rahmen vom Budget ab. Bei einem Aufwand von 18.8 Mio. Fr. und einem Ertrag von 7.5 Mio. Fr. resultiert ein Aufwandüberschuss von 11.3 Mio. Fr. Wenn man die Investitionsrechnung von dieser Abteilung näher betrachtet, stellt man zum Teil beträchtliche Abweichungen in beide Richtungen fest. Als Grund werden unter anderem die knappen personellen Ressourcen angegeben. Zum Beispiel hat das Masterplanverfahren von der Limmattalbahn das Planungsamt zeitlich so stark beansprucht, dass für andere Projekte schlicht zu wenig Zeit geblieben ist. Der Stadtpräsident hat der Kommission versichert, dass alle Leistungen, welche die Stadt Dietikon für regionale Organisationen wie: Zivilstandeswesen, KESB, Mandatszentrum usw. erbringt, konsequent nach einheitlichen und kostendeckenden Ansätzen weiterverrechnet werden. Für die RPK sollte das selbstverständlich sein.

Die Rechnung von der Hochbauabteilung schliesst bei einem Aufwand von rund 2.3 Mio. Fr. und einem Ertrag von 1.2 Mio. Fr. mit einem Aufwandüberschuss von rund 1.1 Mio. Fr. ab. Die Abteilung war im Jahr 2014 mit personellen Veränderungen konfrontiert. Die Begleitung von zahlreichen kleineren Projekten, wie auch die intensive private Bautätigkeit, haben der Abteilung deren Grenzen aufgezeigt. Der bereits erwähnte Personalmangel hat zur Folge, dass beispielsweise die längst fällige Bauabrechnung zum Neu- und Umbau vom Alters- und Gesundheitszentrum Ruggacher in absehbarer Zeit nicht abgeschlossen werden kann. Die Hochbauvorsteherin hat aber versichert, dass trotz dieser Verzögerungen alle Garantiefristen eingehalten werden können.

Von einem in personeller Hinsicht schwierigen Jahr berichtete auch der Infrastrukturvorstand. Die neue Abteilungsleiterin ist erst seit 1. September im Amt und die ganze Abteilung ist Mitte Jahr umorganisiert worden. Bei einem Aufwand von 18.6 Mio. Fr. und einem Ertrag von 15.7 Mio. Fr., schliesst die Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 2.9 Mio. Fr. ab. Die städtischen Werkbetriebe haben wiederum gut abgeschlossen. Die Gasversorgung hat rund 1.2 Mio. Fr. und die Wasserwerke Fr. 326'000.00 in den Topf der Spezialfinanzierungen einbezahlt. Die Abwasserbeseitigung hat mit einem Verlust Fr. 580'000.00 deutlich besser abgeschnitten als budgetiert.

Von ganz grossen Zahlen redete der Finanzvorstand. Die Rechnung schliesst bei Einnahmen von 150.1 Mio. Fr. und Ausgaben von 48 Mio. Fr. mit einem Ertragsüberschuss von rund 102.1 Mio. Fr. ab. Die Steuern vom Rechnungsjahr haben ziemlich genau dem Budget von 57.6 Mio. Fr. entsprochen. Hingegen sind die Steuererträge aus den früheren Jahren um mehr als 5 Mio. Fr. und die Grundstückgewinnsteuer um eine halbe Mio. Fr. höher als budgetiert. Dafür sind die passiven Steuerausscheidungen rund 1.3 Mio. Fr. über dem Voranschlag. Das sind Steuererträge von Dietiker Privatpersonen oder Unternehmen, welche in anderen Gemeinden beispielsweise Grundstücke oder Gewerbe besitzen und deshalb an diese entsprechenden Gemeinden zurückbezahlt werden müssen.

Die Sicherheits- und Gesundheitsabteilung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 3 Mio. Fr. knapp Fr. 600'000.00 besser ab, als budgetiert. Hier wurden im Rahmen vom Programm "Maus" 15 Notebooks, 12 I-Pads und 12 I-Phones angeschafft. Der Sicherheitsvorstand hat der RPK erklärt, dass für eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei diese Anschaffungen nötig gewesen sind. Die Stadtpolizei hat damit die Möglichkeit, sowohl vom Büro aus wie auch im Feld, zum Beispiel bei einem Autounfall, direkt auf die Polizeianwendungen von der Kantonspolizei zuzugreifen. Doppelspurigkeiten beim Rapportieren gehören somit der Vergangenheit an. Beide Polizeikorps werden durch den Einsatz dieser Geräte eine Effizienzsteigerung erzielen und davon profitieren. Die RPK ist aber der Meinung, dass der Kanton sich dann auch an den Kosten beteiligen könnte. Einmal mehr: der Kanton bestimmt, die Gemeinden haben ohne Murren zu bezahlen.

Die Mehrauslagen bei den Zusatzleistungen zur AHV und IV bereiten der Sozialabteilung nach wie vor Sorgen. Die stetige Zunahme hängt offensichtlich mit der demografischen Entwicklung zusammen. Hinsichtlich den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen, welche die Sozialabteilungen von sämtlichen Zürcher Gemeinden gleichermassen betreffen, ist der Sozialvorstand zuversichtlich, dass sich auf Kantonsebene eine Lösung abzeichnet. Immerhin hat sich der Nettoaufwand bei der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe gegenüber dem Vorjahr um 1.1 Mio. Fr. und gegenüber dem Budget um 4.4 Mio. Fr. reduziert. Die Rechnung der Abteilung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von rund 37. 5 Mio. Fr.

Die Schulabteilung ist sowohl beim Aufwand rund Fr. 900'000.00 wie auch auf der Ertragsseite rund Fr. 300'000.00 über dem Budget. Auffällig ist, dass quer durch die ganze Abteilung die Löhne und Aushilfsentschädigungen ihren Beitrag zu diesen Abweichungen geleistet haben. Wie bereits erwähnt, haben auch im Rechnungsjahr 2014 diverse Vandaleakte an und bei den Schulhäusern zu Mehrauslagen geführt. Ein Konzept für die Installation von Überwachungsgeräten ist bereits erarbeitet worden. Der Schulpräsident hat erklärt, dass dieses noch in diesem Sommer realisiert wird. Nach wie vor ist die Sonderschulung eine unberechenbare Grösse der Schulrechnung. Nur ein einziger Fall kann die Rechnung in unerwartete Höhe treiben.

Im Rahmen der Rechnungsprüfung hat der Finanzvorstand über die Ausgangslage beim Finanzausgleich hingewiesen. Bekanntlich sind die Ausgleichszahlungen vom Kanton an den Steuerfuss gekoppelt.

Zwei Optionen stehen zurzeit im Raum:

1. Der Übergangsausgleich, welcher noch bis Ende 2017 beansprucht werden kann, bedeutet eine massive Steuererhöhung von wahrscheinlich 10 % bereits für das kommende Jahr.

2. Der individuelle Sonderlastenausgleich, welcher aufgrund der hohen Soziallasten von Dietikon zur Anwendung kommen soll, wäre für den Steuerzahler das kleinere Übel. Der Steuerfuss würde dadurch "nur" eine Erhöhung um 5 % erfahren. Das bedeutet aber auch, dass damit nicht mehr der gesamte Aufwandüberschuss vom Finanzausgleich getragen wird.

Im Rahmen der Budgetberatungen für das kommende Jahr wird der Stadtrat die beiden Optionen prüfen und nach entsprechenden Einsparmöglichkeiten suchen.

Die Rechnungsprüfungskommission stellt Ihnen den Antrag, die vorliegende Jahresrechnung gemäss dem Abschied vom Stadtrat auf Seite 172 zu genehmigen.

Diskussion

Jörg Dätwyler (SVP) erklärt im Sinne einer Fraktionserklärung der SVP, dass eine Verbesserung von rund 9.2 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag Dietikon noch lange nicht berechtigt Freudentänze aufzuführen. Unter dem Strich liegt die Stadt Dietikon mit insgesamt 38.6 Mio. Fr. Finanzausgleichszahlungen nach wie vor als Dauerpatient auf der kantonalen Intensivstation. Dass man bei der laufenden Rechnung derart hoch daneben liegt, ist für die SVP unverständlich. Sie würden es lieber sehen, wenn zu tief budgetiert würde. Dann wäre die Stadtverwaltung bei einer drohenden Budgetüberschreitung viel mehr gefordert, mit kreativen Sparmassnahmen umgehend entgegenzuwirken. Eine Budgetabweichung um 30 % bei der Investitionsrechnung ist aus ihrer Sicht absolut inakzeptabel. Klar gibt es immer Unvorhergesehenes; eine Abweichung um 30 % ist jedoch zu hoch. Wenn dann noch dazu auf geplante Schutzmassnahmen, wie Überwachungsgeräte bei den Schulanlagen, verzichtet wird und in der Folge viel teurere Schäden durch Vandaleakte passieren, muss man sich fragen, wo die Prioritäten bei der Regierung und der Verwaltung gesetzt werden. Sie erwarten vom Stadtrat, dass er in Zukunft realistischer plant. Wenn er dann im Laufe des Jahres merkt, dass das Budget doch noch zu knapp wird, hat er immer noch die Möglichkeit, einen entsprechenden Kreditantrag zu stellen. Er ist sich sicher, dass die RPK und der Gemeinderat diesen wohlwollend prüfen würden.

Die soziale Wohlfahrt und die Schule generieren, nur schon jede Abteilung für sich, deutlich mehr Nettoaufwand als alle anderen Verwaltungsabteilungen zusammen. Dietikon gilt mit einer Sozialhilfequote von 7 % sogar als kantonaler Spitzenreiter. Mit dieser Quote ist man im Sumpf von übergeordnetem Recht und Bestimmungen langsam aber sicher am versinken. Es ist absehbar, dass auch der individuelle Sonderlastenausgleich die Stadt Dietikon nicht aus diesem Sumpf herausziehen kann. Es ist allerhöchste Zeit, dass auf kantonaler Ebene gehandelt wird. Das schlecht konzipierte Finanzausgleichsgesetz muss genauso wie das Sozialhilfegesetz neu überdenkt und der Realität angepasst werden. Die Kostenabschiebung an die Gemeinden, welche als Sparmassnahmen verkauft werden, obwohl nicht ein einziger Rappen eingespart wird, ist zu unterbinden. Die kürzlich neu gewählten Kantonsräte von Dietikon sind gefordert, endlich etwas zu unternehmen.

Bei der Sozialhilfe ist der Nettoaufwand für die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe bereits das zweite Mal in Folge leicht am sinken. Wenn der Kanton der Stadt Dietikon mit unsinnigen Regelungen im Bereich der Kleinkinderbetreuung erneut wieder über 2 Mio. Fr. aufhalst, ist ihr damit überhaupt nicht geholfen. Die erschreckend stetige Steigerung bei den Zusatzleistungen zur AHV und IV gibt ebenfalls zu denken. Mit der demografischen Entwicklung hat das gar nichts zu tun. Viel eher sehen sie darin ein gesellschaftliches Problem. Für was soll man in jungen Jahren sparen, wenn im Alter die anderen sowieso für einen sorgen. Das Wahrnehmen der Eigenverantwortung ist nicht mehr zeitgemäss. Der Aufwand der Schule befindet sich, seit uns die kantonale Bildungsdirektion das neue Volksschulgesetz aufgedonnert hat, in einem wahren Höhenflug. Die 50 Mio. Fr. Grenze ist im Rechnungsjahr gesprengt worden. Im Auftrag des Kantons hat die "Reformitis" Einzug gehalten. Bologna, HarmoS, Lehrplan 21, integrativer Unterricht, Teamteaching, Kompetenzorientierung usw. sind Beispiele von diesen Reformen. Anstatt sich am praktischen Unterricht zu orientieren, hat die Schule mehr Bürokratie und "Therapeutisierung" zu bewältigen. Die massive Verteuerung vom Bildungssystem ist in der Rechnung ersichtlich und ein Nutzen ist beim besten Willen nicht erkennbar. Da fragen sie sich schon, ob sich die Lehrerinnen und Lehrer noch voll und ganz auf ihre Kernaufgabe, dem Vermitteln von Bildung, konzentrieren können und wie viel Zeit für Schulentwicklung, Sitzungen und Administration aufgewendet werden müsse. Auch da erwartet die SVP von unseren Kollegen im Kantonsrat, dass sie sich diesem Problem annehmen und diesem unseligen Treiben ein Ende setzen. Die SVP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2014 mehrheitlich zustimmen.

Martin Romer (FDP) äussert sich anstelle des abwesenden *Raphael Müller (FDP)* zur Jahresrechnung 2014.

Die RPK hat auch in diesem Jahr die Rechnung der Stadt Dietikon eingehend geprüft. Grundsätzlich gab es während der Prüfung keine grossen Überraschungen, trotzdem erlaubt er sich einige Punkte herauszugreifen. Grob gesehen wurden jeweils zwei Betrachtungsweisen auf das finanzielle Resultat der Stadt Dietikon präsentiert: Relative - d. h. versus Budget - und absolut. Relativ betrachtet sieht das Resultat für das Jahr 2014 gut aus, die Stadt Dietikon hat besser abgeschnitten als budgetiert. Kritische Stimmen monieren bei dieser Betrachtung, dass die Budgetierung nicht akkurat war. Wir wissen alle, dass Zukunftsprognosen mit Unsicherheiten behaftet sind und daher positive wie auch negative Abweichungen die Realität sind. Die Abweichungen zum Budget wurden meistens damit begründet, dass die Budgetzahlen mehr der Rechnung 2012 gleichen, da zum Zeitpunkt der Budgetierung die Zahlen vom Jahr 2013 noch nicht endgültig vorliegen. Sein Vorschlag wäre es, in der Jahresrechnung jeweils noch eine weitere Spalte einzufügen und die Zahlen vom Vorvorjahr auch noch zu zeigen. Dies würde einige Fragen bezüglich Referenzgrössen des Budgets klären. Er präferiert die absolute Betrachtungsweise und schliesst somit das Budget aus der Gleichung aus. Absolut betrachtet sieht der finanzielle Abschluss 2014 der Stadt Dietikon nicht erfreulich aus. Dies ist ebenfalls keine Überraschung. Dietikon gibt mehr Geld aus, als es einnimmt. Dies ist keine nachhaltige Situation und ist auch nur möglich, wenn ein Aussenstehender die finanzielle Lücke füllt. Das "Lückenfüllen" übernimmt der Kanton. Der Übergangsausgleich vom Kanton ist nicht "gratis" und der Preis wird in Zukunft steigen. Dies schafft zusätzlich Anreiz, sich vom Übergangsausgleich zu befreien. Seine Einschätzung ist, dass Dietikon die finanzielle Unabhängigkeit nicht ohne Änderungen im System schaffen wird. Die mit Abstand grössten Ausgabeposten, Bildung und Soziale Wohlfahrt,

sind mehrheitlich diktiert und Dietikon hat auf Gemeindeebne leider nur beschränkten Optimierungsspielraum. Auf der Einnahmeseite zeigt sich, dass die durchschnittliche Steuerkraft pro Einwohner signifikant, nämlich 35 % unter dem Kantonsmittel liegt. Es sind also auch keine überdurchschnittlich starken Steuerzahler vorhanden, welche die Lücke füllen würden. Er sehe die Lösung in der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Es gibt einige Faktoren welche gewisse Gemeinden systematisch benachteiligen. Aus diesem Grund sollte es möglich sein, sich im Verbund zu organisieren. Alle Einwohner in der Schweiz profitieren beispielsweise vom sozialen Frieden. Die Steuerzahler in Dietikon tragen jedoch finanziell überproportional dazu bei, dass dies so ist. Zu diesem Thema ist noch eine Interpellation der FDP ausstehend.

Während den Gesprächen mit den verschieden Abteilungen ist ihm aufgefallen, dass der relativen Betrachtungsweise, also versus Budget, viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Komplett gefehlt hat ihm in den Diskussionen der Vergleich zu Gemeinden, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Gerade Angesicht der Tatsache, dass Dietikon zukünftig verstärkt in Kollaboration mit anderen Gemeinden beim Kanton verhandeln könnte, fände er diesen Vergleich wünschenswert.

Er dankt den Abteilungen für das Engagement und das spürbar steigende Kostenbewusstsein. Speziell dankt er der Finanzabteilung für die Vorbereitung der Prüfung und die detaillierten Ausführungen zur Rechnung. Die FDP Fraktion wird die Rechnung 2014 geschlossen abnehmen.

Reto Siegrist (CVP) erklärt, dass die CVP Dietikon dieser Rechnung zustimmen wird. Trotz Zustimmung ist es ihnen aber wichtig, dass sie mit ihrem Ja noch einige Gedanken mitgeben:

Die Rechnung 2014 schliesst dank Ressourcenausgleich von rund 32 Mio. Fr und einem Übergangsausgleich von rund 7 Mio. Fr. mit einem Minus von Fr. 741'575.59. Dieses Minus enthält die Wintermantelentschädigung von knapp Fr. 400'000.00 und einen Abschreibungsbetrag von Fr. 428'000.00 auf der überbewerteten Krone. Positiv trugen die Nettoüberschüsse des Skiliftbetriebes und der Krone zum Resultat. Dass der Übergangsausgleich nun um rund 9 Mio. Fr. tiefer ausgefallen ist als beantragt und bewilligt, liegt u.a. an den wenig berechenbaren Steuern aus früheren Jahren, die der Rechnung 2014 zusätzliche Einnahmen von rund 5 Mio. Fr. bescherten. Nun kann dieses Resultat aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Von zwei sehr unterschiedlichen Standpunkten aus schauen sie auf die vorliegende Rechnung 2014.

Zuerst möchten sie die Rechnung aus dem Blickwinkel des Stadtrates kommentieren: Das Verhalten und die Einschätzung basiert darauf, dass die Rechnung dank Ressourcenausgleich und Übergangsausgleich +/- ausgeglichen wird, genau so wie man es heute antrifft. Zwei Herausforderungen sind bei dieser Situation zu bewältigen: Erstens, dass die Budgetverhandlungen mit dem Gemeindeamt so laufen, dass ein Übergangsausgleich zugesprochen wird, der eigentlich einer teuren Vollkaskoversicherung gleich kommt. Sie kostet die Stadt Dietikon 124 Steuerprozente. Um auch bei unverhofften Schäden nicht doch noch eigene Mittel zu verwenden, wird überaus üppig budgetiert. Dieser Umstand führt dazu, dass die Abteilungsleiter keine Budgetdisziplin haben müssen, da wie erwähnt ja üppig budgetiert wurde. "Es wird schon reichen" ist das Credo. Diese Haltung und dieses Vorgehen sind nachvollziehbar. Dass dann bei der Rechnungspräsentation die 2014zehner Zahlen immer mit dem Budget verglichen werden, ist die logische Konsequenz. Applaus, Applaus - man ist überrascht, dass viele Ausgabeposten effektiv tiefer als budgetiert ausgefallen sind und es gelingt sogar, dass das Sozialamt überzeugend mitteilen kann, rund 1.9 Mio. Fr. besser abgeschlossen zu haben, was ja auch gegenüber Budget stimmt. Auch die Schule ist überglücklich dass das 2014 Resultat nur rund Fr. 600'000.00 über Budget liegt. Aufgrund dieses Blickwinkels darf auch die RPK und die Bevölkerung von Dietikon glücklich sein, denn der Jahresverlust von rund Fr. 741'000.00 reduziert das Eigenkapital nur marginal.

Die CVP ist der Ansicht, dass der Stadtrat diese Ausgangslage leider nicht vollends genutzt hat. Er hat eine weitere Chance vertan, die Dietikon wie ein Bumerang zu einem späteren Zeitpunkt einholt. Wie erwähnt bewilligte der Kanton einen üppigen Übergangsausgleich, der letztendlich nicht durch das vollständige Ausschöpfen des Budgets gebraucht wurde. Hinzu kommt, dass für jede Investition

in Immobilien, die nicht getätigt wurde und nun zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden muss, der Steuerzahler die erste Abschreibung bezahlt und nicht der Kanton. Und zu guter Letzt darf gesagt werden, dass bei transparenteren und vor allem zeitnäheren Finanzinformationen z.B. die Gelder für das Schulprojekt Quims vollumfänglich ausgeschöpft worden wären.

Zusammengefasst: Der Stadtrat klopft sich auf die Schultern - aus der Sicht der CVP hätte er es aber noch besser machen können.

Die andere Sicht ist diejenige, die das Jahresergebnis 2014 mit den effektiven Aufwendungen der Rechnung 2013 vergleicht und herleitet, weshalb die 2014er Kosten höher oder tiefer ausgefallen sind. Selbstverständlich ist auch da ein Budget einzuhalten, denn nur mit einem Budget kann Budgetdisziplin trainiert werden.

Wenn man diese Sicht einnimmt, darf man mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein. Fakt ist, dass der Personalaufwand 2014 um 3.45 % gestiegen ist (plus 1.8 Mio. Fr.), die Dienstleistungen Dritter 2014 (also externe Beratermandate usw.) um 3.3 % gestiegen sind (plus rund Fr. 300'000.00), der Nettoaufwand in der Sozialabteilung um 6.3 % gestiegen ist (plus rund 2.2 Mio. Fr.), der Nettoaufwand in der Schulabteilung um 3.7 % gestiegen ist (plus rund 1.6 Mio. Fr.) und ,dass das realisierte Investitionsvolumen um 54.6 % gegenüber Vorjahr abgenommen hat.

Hinter all diesen Zahlen, die aus ihrer Sicht keine guten Entwicklungen sind und somit auch kein gutes Resultat repräsentieren, stehen Themen aber auch Prozesse und Verhaltensweisen der Verantwortlichen, die auf das kommende Jahr bereits verändert werden müssen.

Sie erwarten deshalb vom Stadtrat, dass er das Thema Haushaltsoptimierung gemäss Regierungsprogramm nicht im Sinne jeder gegen jeden, sondern gemeinsam anpackt. Dies kann er nur, wenn jeder Stadtrat sein königliches Gehabe über seine Abteilung ablegt und die wesentlichen Themen eben gemeinsam mit seiner Stadtratskollegin und Stadtratskollegen angeht. Dies verlangt, dass je nach Fokus vielleicht zugunsten eines Kollegen oder einer Kollegin auf ein eigenes Vorhaben verzichtet werden muss. Gemessen wird der Stadtrat am Finanzresultat der Stadt. Jeder Stadtrat ist somit auch für das Ergebnis seiner Stadtratskollegen links und rechts verantwortlich und auch verantwortlich zu machen.

Die Haushaltsoptimierung gelingt, wenn die Budgeteinhaltung regelmässig - ideal monatlich, mindestens aber vierteljährlich - flächendeckend über die Verwaltung und Schule ausgewertet und thematisiert werden. Nur so kann ein Budget eingehalten werden und bei Budgetposten, wie das erwähnte Schulprojekt Quims, die vom Kanton gesprochenen Gelder zielführend und vollumfänglich genutzt werden. Es soll kein Blindflug in finanziellen Angelegenheiten geben. Getroffene Entscheide zeigen immer auch die Auswirkungen auf das Budget auf und ein genehmigtes, präzises Budget verlangt eine konsequente Einhaltung.

Die Haushaltsoptimierung gelingt, wenn "sparen alleine" keine stadträtliche Strategie ist. Die Leistung gegenüber dem Steuerzahler ist optimal, professionell, bürgernah und trotzdem kostengünstig zu erbringen. Ideen, neue Prozesse usw. sind gefragt, die vielleicht zuerst Investitionen benötigen um anschliessend nachhaltig überproportional sparen zu können. Zu guter Letzt ist die Führung wichtig und da ist der Stadtrat in der Pflicht.

Als Schlussgedanke zur Rechnung 2014: Es wurden gegenüber 2013 rund 48 % mehr einzelne Bussen verteilt - total 14'592, vorwiegend ausgestellt im ruhenden Verkehr, was dazu führte, dass die Busseneinnahmen um 32.6 % explodierten. Ob dies das Verständnis von Haushaltsoptimierung der Gesundheits- und Sicherheitsabteilung ist, kann er nicht beurteilen. Angeordnete Massnahmen haben immer eine direkte Wirkung - eben knapp Fr. 200'000.00 mehr Einnahmen in der Bussenkasse. Die indirekte Wirkung badet hingegen der Standortförderer aus und wahrscheinlich ist der Brand "Dietikon, Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität" u.a. aufgrund solchen Verhaltens nur eine Wort-

hülse. Wie erwähnt, Königreiche sind abzubauen um vernetzt und gemeinsam die Zukunft anzugehen.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass die Grüne Fraktion die Abnahme der Jahresrechnung 2014 der Stadt Dietikon geschlossen ablehnt. Dies hat drei Gründe: Erstens wurde viel weniger investiert als geplant. Zweitens wird noch immer ständig konzeptlos irgendwo in der Schweiz eingekauft und damit das örtliche Gewerbe zu wenig berücksichtigt. Drittens ist eine Strategie zur Rückschiebung der vom Kanton einseitig an Dietikon diktierten Kosten von Sozialem und der Schule noch nicht ansatzweise greifbar vorhanden. Alle drei Punkte sind strategische, allenfalls politische oder führungstechnische Gründe, also nichts Operatives.

Die Rechnung ist korrekt und sauber geführt. Dafür möchten sie allen Beteiligten für den geleisteten Einsatz bestens Danken.

Investitionen sind, wenn effektiv sinnvoll getätigt, ganz grundsätzlich notwendige Anschaffungen wie beispielsweise notwendiges Mobiliar, notwendige Computer und Programme, notwendige Räumlichkeiten, etwa für den Schulunterricht, etc. Sie belasten die Jahresrechnung nicht direkt. Aktuell ist es so, dass von einer Investition 10 % der laufenden Rechnung belastet werden, im nächsten Jahr dann wiederum 10 % vom Restwert, usw. Rund 1/3 der geplanten Investitionen mit einem Total von 5 Mio. Fr. wurde 2014 nicht getätigt. Da Dietikon aktuell noch vom Übergangsausgleich vom Kanton profitiert, spätestens in drei Jahren aber nicht mehr, wären letztendlich möglichst viele zeitnahe Investitionen gut für Dietikon. Es sind nicht die rund 12 Mio. Fr., die dank dem besseren Abschluss hier eingesetzt werden könnten. Aber es sind in einem Jahr Fr. 500'000.00 und mit den verbleibenden drei Jahren Laufzeit 1,5 Mio. Fr., die Dietikon so vom Kanton letztendlich wegen der Jahresrechnung 2014 nicht erhält.

Er ist mittlerweile über sieben Jahre im Gemeinderat. Es ist die siebte Jahresrechnung bei der er als Mitglied der RPK involviert ist. Bei jeder Belegkontrolle wurde seitens der RPK moniert, dass willkürlich eingekauft wird. Augenfällig ist dies etwa im Papeteriebereich der Schule. Dies einerseits zulasten von einem guten Preis-/Leistungsverhältnis, andererseits aber auch zulasten vom örtlichen Gewerbe. Jedes Mal versprach der Stadtrat Besserung, wies daraufhin, dass er Richtlinien erlassen habe, etc. Passiert ist jedoch nichts. Eine Lehrperson, die für Einkäufe zuständig ist, meinte auf seine Frage, dass sie noch nie von Einkaufsrichtlinien gehört habe.

Das eigentlich einzige Problem der Rechnung Dietikons, respektive des Steigens des Steuerfusses, sind die Ausgaben Schule und Soziales. Dies dank unsolidarischer, kantonaler Gesetzgebung in diesem Bereich. Man bekommt vom Kanton Geld zur Bezahlung der Lehrerlöhne und der Sozialausgaben, aber nur Bruchteile davon. Dieses Defizit beträgt bei der aktuellen Rechnung 38 Mio. Fr. bei der Sozialabteilung und 47 Mio. Fr. bei der Schule, zusammen also 85 Mio. Fr. Es ist ja nicht so, dass die anderen Gemeinden im Kanton hier nicht auch Defizite aufweisen würden. Es ist ein enorm kompliziertes System der Aufteilung zwischen Gemeinde und Kanton. Wegen dem prozentmässigen und in absoluten Zahlen hohen Anteil in Dietikon, im Vergleich zu anderen Gemeinden, schlägt dies in Dietikon aber ganz extrem negativ zu Buche. Ein solidarisches System, etwa dass der Kanton alle Sozialeinnahmen und Sozialausgaben, Schuleinnahmen und Schulausgaben, tätigen würde, ist nicht absehbar. Auch das ist für ihn nichts Neues. Auch dies ist dem Stadtrat seit vielen, vielen Jahren bekannt.

Mittlerweile spricht der Stadtrat sogar davon und vermeidet unter dem Siegel der Verschwiegenheit Aktivitäten. Handgreifliches ist aber nicht vorhanden. Finanzvorstand Rolf Scharen meinte optimistisch, dass hier Sympathiemassnahmen frühestens 2018 greifen würden. Für die Grünen, Dietikerinnen und Dietiker, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, ist dieses Engagement seitens des Stadtrates für einen gesunden Finanzhaushalt einfach ein Hohn.

Anton Kiwic (SP) erklärt, dass die Fraktion der Sozialdemokraten der Jahresrechnung 2014 vorbehaltlos zustimmen wird. Die SP tut dies in Anerkennung der geleisteten Arbeit aller Institutionen, der

politisch Verantwortlichen, der seriös arbeitenden Verwaltung und der minutiös prüfenden RPK, welche durch die Spezialisten des Gemeindeamtes unterstützt wird.

Die Prüfung der Rechnung 2014 ging diese Mal nach einem neuen Regime über die Bühne. Anstelle des Besuchs beim Steueramt wurden die Mitglieder der RPK in Gruppen aufgeteilt und konnten so die einzelnen Abteilungen für gut zwei Stunden individuell besuchen und vertieft Fragen zu den individuellen Problemen der politischen und fachlichen Führung stellen. Jede Gruppe konnte danach in einer gemeinsamen Sitzung die Resultate dem gesamten Gremium mitteilen. Er hat diese Änderung positiv wahrgenommen und möchte sich persönlich bei Präsidenten der RPK für solche Impulse bedanken. Die RPK ist als Ganzes auf einem guten Weg und wird auch in Zukunft vermehrt auf die Steuerung der Finanzen der Stadt Dietikon Einfluss nehmen.

Auch dieses Jahr hat sich vor allem Reto Sigrist positiv in Szene gesetzt, weil er sich nicht nur auf die angebotenen Daten gestürzt hat. Nein, er brachte immer wieder Widersprüche zwischen den wichtigsten Steuerungsdokumenten, die da wären der Geschäftsbericht 2014, die aktuellen Legislaturziele, dem Budget 2014 und eben der aktuellen Rechnung, aufs Tapet. Leider waren die Antworten der jeweiligen Ressortleiter nicht immer über jeden Zweifel erhaben. Man wurde den Eindruck nicht los, dass die Informationen nicht das Papier wert waren, auf welchem sie gedruckt wurden. Ebenfalls negativ aufgefallen ist ihm, dass die Vorsteher vermehrt die Zeit bei der RPK verwenden, um sie mit 30-seitigen Power-Point-Präsentationen, mit zum Teil belanglosem Inhalt, zuzumüllen, damit danach keine Zeit mehr bleibt, um Fragen zu stellen. Ein Trend, den die RPK mit Sicherheit in Zukunft abstellen wird. Auch wäre es nun an der Zeit, die Budgets richtig zu machen. Andere Gemeinden zeigen, dass man auch bei der Planung von Investitionen genauer budgetieren kann. Unsere Stadtregierung scheint trotz allen Aufwendungen für externe Beratung in diesem Bereich beratungsresistent zu sein.

Zur Hochbauabteilung

Die Hochbauabteilung musste sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Arbeitsflut der letzten Jahre nicht in den Griff kriegt. Zu diesem Zweck waren im Budget 2014 mehr Stellenprozente vorgegeben, welche der Stadtrat im Jahresverlauf jedoch wieder gestrichen hat. Gerade in diesen Jahren wäre es für Dietikon wichtig, anstehende Investition schnell und effizient umzusetzen. Es ist also wünschenswert, wenn auch in dieser Abteilung die Ziele und die dazu nötigen Mittel besser im Gleichschritt agierten.

Zur Sicherheits- und Gesundheitsabteilung

Bei der Sicherheitsabteilung fallen vor allem die explosionsartig steigenden Einnahmen bei den Bussen auf. Während der Sicherheitsvorsteher nicht müde wird zu betonen, dass Bussen nur bei Verfehlungen ausgesprochen werden, wird der Verdacht laut, dass die Abteilung hier vor allem eine neue Einnahmequelle generiert. Es ist zu hoffen, dass es in der Sicherheitsabteilung weder heute noch morgen interne Weisungen geben wird, hier ein Soll zu erreichen.

Infrastrukturabteilung

Die Infrastrukturabteilung scheint seine Querelen in und um die Neubesetzung der Leitung nun endlich hinter sich zu haben. Auch scheint die Abteilung mit den Aufgaben einer wachsenden Stadt gut zu Recht zu kommen. Auf die Frage ob die Infrastruktur Dietikons gut im Schuss sei, kam ein dediziertes JA als Antwort. Sollten wir also in Zukunft hier weniger Geld zur Verfügung haben, dann wird dies wenigstens nicht unmittelbar zu Problemen führen.

Präsidialabteilung

Das Präsidium wächst und wächst. Auch der Fehlbetrag der Abteilung nimmt kontinuierlich zu. Um fast eine Million Fr. hat der Aufwand in nur einem Jahr zugenommen, obwohl dieses Jahr keine zusätzlichen gesetzlichen Aufgaben für Dietikon dazu gekommen sind sowie auch keine Einmaleffekte die Rechnung belasten. In der Detailberatung war auffällig, dass die Stadt vermehrt mit Drittparteien Rechtsstreitigkeiten austrägt, die die Anwaltskosten zulasten der Stadt steigen lassen. Ebenfalls

sauer aufgestossen ist einigen Mitgliedern der RPK, dass die Stadt Fr. 50'000.00 in die Vermarktung der Silbern investiert, während die ansässigen Unternehmen und Grundeigentümer gerade mal lausige Fr. 10'000.00 einfliessen lassen. Soll das heissen, dass der Steuerzahler für die Wertsteigerung von einigen wenigen Privaten bezahlt?

Schulabteilung

Auch die Schule kriegt die Kosten nicht in den Griff. Trotz Plafonierung ging der Sonderschuletat auf 6.3 Mio. Fr. hoch. Angestrebt war eine Reduktion von 5.9 Mio. Fr. auf 5.3 Mio. Fr. Als Ausrede mussten die Kosten für zwei blinde, syrische Flüchtlingskinder herhalten, für deren Zuweisung der Kanton zuständig ist, deren Kosten jedoch an der Schule Dietikon hängen bleiben. Ausserdem hat es beim Schulraum einiges an Investitionsdefiziten. Die Leitung möchte gerne den Ball dafür an die Hochbauabteilung abgeben. Hier fragt er sich, wer denn die Stellenprozente in der Hochbauabteilung gestrichen hat. Hat sich der Schulvorsteher damals für die Aufstockung stark gemacht? Oder suchte er nun einfach den Schwarzen Peter bei jemand anderem. Es kam der Eindruck auf, dass sich die Leitung der Schule in der Opferrolle sieht. Kontinuierlich wird das Leistungsangebot reduziert, was die Schule schlechter macht. Dazu kommen wachsende Ausgaben, weil der Lehrkörper unter der Last zusammen bricht und dadurch höhere Ausgaben für Aushilfslehrer benötigt. Die Frage stellt sich ein weiteres Mal; wird hier am falschen Ort gespart? Auch die RPK freut sich über eine höhere Zahl an Übertritten ins Gymi dieses Jahr. Aber an der Leitung der Schule scheint das nicht zu liegen.

Sozialabteilung

Leider habe er aus persönlichen Gründen an dieser RPK Sitzung nicht teilnehmen können. Darum beschränken sich seine Kommentare auf die Protokolle und das Resultat der Rechnung. Vor einem Jahr durfte das "Dreamteam" sich noch auf die Arbeiten des Vorgängers stützen. Man verwies darauf, dass nun ein neuer Wind weht und man nun endlich die Sache an die Hand nehmen werde. Und was ist das Resultat dieser neuen Windrichtung? Eine wachsende Zahl an Einsprachen, welche zum Teil bis vor Verwaltungsgericht gezogen werden und so weiteren Aufwand für die Verwaltung bedeuten. Eine wachsende Zahl an Kündigungen in den Sozialbehörden, welche aber scheinbar immer noch unter dem Durchschnitt im Kantonsmittel seien. Vermieter, die ihre Mieten über das Betreibungsamt einziehen müssen, Doktoren, die sich über diese Praxis per Leserbrief Gehör verschaffen müssen und zum Glück, trotz Ausständen, bei den Rechnungen die armen Teufel trotzdem verarzten. Wenn daraus wenigstens eine Ersparnis resultieren würde, dann könnte sich wenigsten der Rechte Flügel dieses Gemeinderatssaals freuen. Aber dem ist ja nicht so. Die Kosten steigen weiter. Was man bei den Aufwendungen für die gesetzlich wirtschaftliche Hilfe nicht ausgeben musste, wurde auch bei den Einnahmen nicht wieder eingenommen. Dafür sind die Zusatzleistungen bei der AHV geradezu explodiert. Mehr als 2.5 Mio. Fr. musste dafür mehr ausgegeben werden, ohne entsprechende Einnahmen zu erhalten. Jedoch hier den Ball aufzunehmen und nach Lösungen zu suchen ist unpopulär, weil hier das grösste Wählerpotential der involvierten Partei schlummert. Die Kleinkinderbetreuungsbeiträge haben hier sicher auch nicht geholfen. Das haben auch sie bereits thematisiert und eine Lösung sollte in naher Zukunft vom Kanton bereitgestellt werden. Nun aber die komplette Streichung dieses Instruments zu verlangen, welches ja bekanntlich bürgerlichen Ursprungs hat, ist komplett am Ziel vorbei geschossen.

Christiane Ilg-Lutz (EVP) erklärt, dass, wie in den letzten Jahren, die Rechnung 2014 besser als budgetiert abschloss, wobei der gesamte Aufwand wiederum rund 13.3 Mio. Fr., beziehungsweise knapp 6.5 % gegenüber der Rechnung 2013 stieg. Wesentlich zur Verbesserung haben ein grosser Mehrertrag bei den Steuern aus früheren Jahren, Grundstückgewinnsteuern, Pensions- und Pflegetaxen, Bussen und Minderaufwände bei gesetzlich wirtschaftlicher Hilfe und Sachaufwände geführt. Der Minderaufwand bei den Abschreibungen beeinflussten dieses Resultat ebenfalls positiv, besagt jedoch, dass viel weniger investiert wurde. Mehraufwand bei den Zusatzleistungen, Kleinkinderbetreuungsbeiträgen, Alimentenbevorschussungen, passiven Steuerausscheidungen und Aushilfeentschädigungen in Verwaltung und Schule schmälerten die Verbesserungen gegenüber dem Budget.

Die verschiedenen Abteilungen wurden von den Ressortvorständen und Abteilungsleitern vorgestellt und die Fragen der RPK, vor allem zu den Sachaufwänden, kompetent beantwortet. Die EVP/GLP-Fraktion bedankt sich für die korrekte und saubere Rechnungsführung. Sie wünschten sich jedoch, dass die Kommentare zu den einzelnen Budgetabweichungen ausführlicher ausfallen würden. Ihr Dank gilt aber auch dem gesamten Personal, von den Reinigungsfachkräften bis zu den Abteilungsleitungen, welche mit Sorgfalt und Umsicht die Ausgaben in Grenzen halten. Die EVP/GLP-Fraktion wird die Jahresrechnung 2014 gutheissen.

Martin Müller (DP) erklärt, dass er seine Aussagen zur Jahresrechnung 2014 aus den Voten zur letztjährigen Rechnung nehmen könnte. Die Unterschreitung des Budgets aufgrund mangelnder personeller Ressourcen wundert ihn nicht. Wenn das Budget aufgeblasen wird damit ein hoher Übergangsausgleich resultiert, jedoch nicht berücksichtigt, dass man nicht alles Budgetierte realisieren kann, unter anderem wegen zu wenig Personal, dann ist das mangelnde Voraussicht oder Missmanagement. Dies einem verfehlten Finanzausgleichsgesetz zuzuschreiben, ist jedoch nicht rechtens. Zum Votum von Anton Kiwic möchte er wissen, um welche Rechtskosten es gegangen ist. Ist die Stadt im Kleinkrieg gegen einzelne Bürger? Wehrt sich der Stadtrat gegen übergeordnete Instanzen? Im 2. Fall ist das erfreulich, im ersten Fall jedoch nicht.

Zum Votum der Grünen führt er aus, dass diese in der Regel immer mit den Regierungsparteien mitsingen. Heute war das Votum jedoch anders. Er ist zwar nicht ganz mit allem einverstanden, schliesst sich aber den Grünen und deren Ausführungen zur Rechnung an und wird die Rechnung aus fast den gleichen Gründen ablehnen.

Ernst Joss (AL) versteht nicht, dass die Grünen wie auch Martin Müller die Rechnung ablehnen. Wann soll eine Rechnung abgelehnt werden? Nur, wenn sie den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Man kann sich fragen, ob man sie ablehnen soll, wenn einem Handlungen vom Stadtrat nicht gefallen. Offensichtlich ist eine Unzufriedenheit vorhanden, so beispielsweise bei den Investitionen. Warum hat hier der Stadtrat nicht alle Investitionen ausgeschöpft? Er hat das mit der Personalpolitik begründet. Wieso hat man eine solche Personalfluktuation in Dietikon? Liegt es an den Löhnen?

Die Investitionen wurden angesprochen. Er kam neulich am Kirchhaldenpark vorbei, der Stadtrat hätte dort was machen können, man hätte dort ein neues Projekt finanzieren können, was leider nicht gemacht wurde. Viele sind mit dem Handeln des Stadtrates nicht zufrieden. Dies ist aber kein Grund, die Rechnung 2014 abzulehnen. In diesem Jahr war die Situation bekannt. Der Stadtrat hat sich danach zu richten. Dennoch kann man sich für eine Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes einsetzen.

Dietikon hat immer mehr Schüler, was wiederum mehr Lehrer benötigt. Die Stadt Dietikon bezahlt von deren Lohn rund 80 %. Es ist Aufgabe von unseren Dietiker Vertretern im Kantonsrat, die gesetzlichen Grundlagen für eine bessere Verteilung zu schaffen und die Stadt Dietikon und deren Interessen zu vertreten. Er weiss nicht, ob dies in der Vergangenheit immer gemacht wurde und hofft, dass dies nun gemacht wird. Er wird der Rechnung zustimmen, dies jedoch mit einer gewissen Unzufriedenheit.

Sven Johannsen (GLP) möchte auf zwei Sachen eingehen. Der Vergleich zwischen Übergangsausgleich und Vollkasko ist schön. Am Übergangsausgleich kann man ablesen, wie viel Minus man hätte ohne die Gelder des Kantons.

In der Summe ist der Übergansausglich von 2013 - 2014 leicht rückgängig. Das ist der einzige Lichtblich in Bezug auf die finanzielle Zukunft. Es sind Steuern eingenommen worden, die man nicht erwartet hat. Es gab aber auch Falscheinschätzungen. Die Steigerung der Zusatzleistungen wurde vermutlich falsch eingeschätzt und wird wohl weiter steigen. Es hat nicht nur mit seiner persönlichen Einstellung zum Alter zu tun, dass er hierzu die Meinung der SVP nicht teilt. Es gibt Leute die auf die

AHV und die Zusatzleistungen angewiesen sind. Es hat auch damit zu tun, dass es viele Leute gibt, die keine 2. Säule haben. Die EVP/GLP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung 2014 zu.

Finanzvorstand Rolf Schaeren erklärt, dass sich nun alle Fraktionen zur Jahresrechnung 2014 geäussert und dabei nicht an Kritik gespart haben. Es war auch teilweise verstecktes Lob vorhanden. Es wurden unterschiedliche Gründe für das Unverständnis der Rechnung geäussert; das gehört in der Politik dazu. Der Stadtrat freut sich, wenn im Moment mehrere Fraktionen der Rechnung zustimmen. Ihn erstaunt es jedoch, dass es einige gibt, welche die Rechnung nicht annehmen wollen. Es ist die beste Rechnung seit zehn Jahren. Er möchte nun Stellung zu einzelnen Äusserungen nehmen, die so nicht stehen gelassen werden dürfen.

Vorab einige Worte zum Mechanismus des Übergangsausgleichs, welcher mindestens der Gemeinderat verstehen sollte, wie er funktioniert. Man ist wegen dem Übergangsausgleich in einer Ausnahmesituation, entgegen einer Gemeinde, die ihn nicht braucht. Man kann den Übergangsausgleich, wie geäussert, mit einer Defizitgarantie vergleichen. Dieser ist mit dem Kanton auszuhandeln. Der Stadtrat führt diese Verhandlungen und steuert dabei eine möglichst grosse Garantie des Kantons an. Das führt zur Deklaration von eher konservativen Einnahmen und grossen Ausgaben. Die Defizitgarantie geht bis zu einer bestimmten Grösse. Wird das Defizit überschritten, trägt dies die Stadt selber. Beantragt die Stadt nun einen zu tiefen Defizitbeitrag, so müsste sie die Differenz selber tragen. Noch nie wurde vom Parlament die Aussage gemacht, dass es zu diesem Fall glücklicherweise noch nie kam. Der Stadtrat kann aber kein Wunschkonzert beim Kanton anbringen und dieser unterschreibt blind. Das Gemeindeamt prüft das eingereichte Budget professionell, hat dafür Vergleiche zu allen anderen Gemeinden im Kanton. Selbstverständlich weiss das Gemeindeamt, welche Ziele die Stadt Dietikon verfolgt. Das Gemeindeamt hat gerade das entgegengesetzte Ziel: Hohe Erträge, tiefe Ausgaben. Massgebend ist immer das gesetzlich Notwendige. Nicht notweniges wird rigoros durch das Gemeindeamt gestrichen.

Wem der Eindruck entsteht, der Stadtrat mache ein Budget, welches einfach durchgewinkt werde, der liegt falsch. Man hat um einzelne Positionen hart gefeilscht. Am Ende der Diskussion sagt der Kanton, dass sie auch an das Budget glauben oder eben nicht. Insofern ist es nicht so, dass man zu viel Aufwand angeben kann.

Man hat tatsächlich einen wesentlich besseren Abschluss als budgetiert. Es ist das zweitbeste Ergebnis der letzten zehn Jahre. Warum wird besser abgeschlossen? Damit verbunden ist auch ein bisschen Glück auf der Einnahmenseite. Erträge haben sich besser entwickelt, aber auch der sorgfältigere Umgang mit den finanziellen Mitteln hat dazu geführt. Das Geld wird nicht aus dem Fenster geworfen. Auch die Rechnung wird vom Kanton überprüft.

Zum Zitat: "Sympathiemassnahmen, die frühestens 2018 greifen". Diese Aussage hat er mit Sicherheit nicht verwendet. Das ist eine Interpretation. Tatsächlich ist die finanzielle Situation nicht losgelöst von einer Veränderung der kantonalen Gesetze zu verbessern. Der Regierungsrat hat einen klaren Fahrplan vorgelegt. Vor dem Jahr 2018 wird das Finanzausgleichsgesetz nicht angepasst. Die Stadt Dietikon ist Mitglied in einer Arbeitsgruppe. Was heute gefordert wurde, wird gemacht. Gemeinsam mit Gemeinden, welche ähnliche Probleme aufweisen, wird auf die speziellen Situationen hingewiesen, um dadurch den Regierungsrat dazu zu bewegen, früher aktiv zu werden.

Wenn hier der Eindruck vermittelt wird, dass der Stadtrat nichts mache und einfach zuschaut, dann ist dies schlicht falsch.

Detailberatung

Zu den einzelnen Abteilungen wurden keine Detailfragen gestellt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 28 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen:

Die nachstehende Jahresrechnung 2014 der Stadt Dietikon wird genehmigt.

a) Laufende Rechnung

Aufwand	Fr.	224'555'833.72
Ertrag	Fr.	223'814'258.13
Aufwandüberschuss	Fr.	741'575.59

b) Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr.	8'973'886.30
Ausgabenüberschuss Finanzvermögen	Fr.	186'531.10
Finanzierungsfehlbetrag II	Fr.	1'569'893.31

c) Bilanz

Aktiven und Passiven je	Fr.	239'325'367.27
Eigenkapital	Fr.	71'921'307.04
Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	Fr.	19'986'982.14

Rechtsmittel:
Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:
- Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon;
- Leiterin Finanzabteilung;
- Stadtrat.

E1.04.01 Integration 29-2015

Integrationsförderung durch intensive Deutschkurse

Postulat

Esther Sonderegger-Stadler (SP), Mitglied des Gemeinderates, und 7 Mitunterzeichnende haben am 9. April 2015 folgendes Postulat eingereicht:

"Für eine Stadt wie Dietikon mit EinwohnerInnen aus vielen verschiedenen Kulturen ist es besonders wichtig, dass sich alle miteinander verständigen können. Daher bin ich erstaunt, dass der Stadtrat für die Deutschkurse, welche für Migrantinnen und Migranten angeboten werden, eine Warteliste besteht und die Kurse nur für das Erreichen von grundlegenden Sprachkenntnissen (Niveau A1.3) reichen.

Mit besseren Deutschkenntnissen könnten sie sich besser integrieren, sich mit der einheimischen Bevölkerung verständigen, bei den Elternabenden und -gesprächen in der Schule verstehen worum es geht und bessere Arbeitsplätze finden. Ich fordere den Stadtrat auf, mehr Deutschkurse anzubieten und diese bis mindestens zum Niveau A2.2 weiterzuführen.

Der Stadtrat kann so sein Ziel aus den Regierungsrichtlinien 2010 bis 2014 "Dietikon spricht Deutsch", verspätet zwar und ebenso wie das neue Ziel aus dem Regierungsprogramm 2014 bis 2018 unter dem Titel Integrationsförderung Zitat "Das Verstehen und Sprechen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Schlüssel für ein erfolgreiches Zusammenleben" erreichen. Zudem werden sich unsere Nachbarinnen und Nachbarn mit Migrationshintergrund besser integrieren, weil sie sich in Deutsch wirklich verständigen können. Dies hat langfristig einen positiven Effekt auf eine gute Bevölkerungsdurchmischung und beugt Ghettobildung vor.

1. *Der Stadtrat wird aufgefordert, die Deutschkurse für Personen ohne diese Sprachkenntnisse über das Niveau A1.3 hinaus weiterzuführen.*
2. *Es werden genügend Deutschkurse geführt, damit es keine Warteliste mehr braucht.*
3. *Durch den Ausbau des Sprachkursangebotes in Deutsch werden die Integrationsbeiträge von Kanton und Bund im angemessenen Mass, in Bezug auf den Anteil an Migrantinnen und Migranten in Dietikon, genutzt."*

Mitunterzeichnende:

Peer Catherine	Joss Rosmarie	Joss Ernst	Wettler Peter M.
Peer Manuel	Kiwic Anton	Koller Metzler Sven	

Begründung

Esther Sonderegger-Stadler (SP) erklärt, dass sie als Erstes eine Werbung der NZZ aus dem Jahr 1995 vorlesen werde, welche wie folgt lautet:

Wer die NZZ liest, kennt Guns 'n' Roses. Wer Guns 'n' Roses kennt, versteht die Jugend besser. Wer die Jugend besser versteht, ist ein besserer Pädagoge. Wer ein besserer Pädagoge ist, hat weniger Ärger. Wer weniger Ärger hat, hat weniger hohen Blutdruck. Wer weniger hohen Blutdruck hat, lebt länger.

Genauso könnte eine Werbung für mehr und weiterführende Deutschkurse in Dietikon aussehen. Werden Migrantinnen beim Erlernen der deutschen Sprache gezielt unterstützt und gefördert, steigt das Steuersubstrat der Gemeinde. Wer Deutsch spricht und versteht, kann seine Kinder in der Schule besser unterstützen. Deutschkenntnisse sind wichtig, um eine gute Ausbildung zu absolvieren.

Personen mit einer guten Ausbildung erzielen ein höheres Einkommen. Wer mehr Einkommen hat, zahlt mehr Steuern.

Im Moment bietet Dietikon jährlich insgesamt neun Deutschkurse bis zu einem Grundlageniveau A 1.3 an. Diese Kurse sind besonders begehrt, weil zwei von ihnen am Vormittag mit Kinderbetreuung angeboten werden. Die kurzen Wege und die vertretbaren Kosten für die Teilnehmenden, rund Fr. 240.00 pro Kurs, stiften die Mütter zum Mitmachen an. Dies ist besonders wichtig, ist doch für die Integration die Sprache das A und 0.

Die Integrationsförderung wird auch durch den Kanton finanziell unterstützt. Bei einem Anteil von 42.9 % Ausländerinnen und Ausländer (Stand 2014) in der Stadt Dietikon, im Kanton Zürich sind es durchschnittlich 25.7 %, erscheint es ihr nicht einleuchtend, dass nicht mehr und weiterführende Deutschkurse angeboten werden. Mit grundlegenden Sprachkenntnissen ist es nicht möglich eine Bedienungsanleitung zu verstehen, ein Gespräch zu führen und sich wirklich zu verständigen. Für eine erfolgreiche Integration müssen unsere fremdsprachigen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit uns sprechen können, damit sie das Erlernte vertiefen und festigen. Darum ist es so wichtig, mehr Deutschkurse mit höheren Anforderungen anzubieten.

Eine erfolgreiche Stellensuche benötigt ein Niveau von mindestens A 2.2. Sie bittet das Postulat an den Stadtrat zu überweisen, weil in einer Stadt wie Dietikon die Integration für alle wichtig ist.

Stadtpräsident Otto Müller gibt der Postulantin recht. Deutschkenntnisse sind wichtig für die Integration und den sozialen Aufstieg. Als Stadtrat führt man Einbürgerungsgespräche. Bei diesen wird derzeit das Niveau B1/B2 verlangt. Er muss sagen, dass die Leute an diesen Einbürgerungsgesprächen wirklich gut Deutsch sprechen. Er fragt dann oft, wo sie Deutsch gelernt haben. In der Regel werden private Anbieter im Raum Zürich genannt, vielfach auch das BZ Dietikon, welches Sprachkurse in allen Niveaustufen anbietet. Auch die Stadt Dietikon ist aktiv. Das Angebot der Stadt ist auf Frauen mit kleinen Kindern ausgerichtet, da gleichzeitig zu den Kursen eine Kinderbetreuung angeboten wird. Dietikon wird bei diesen Kursen von der Fachstelle Integration des Kantons Zürich unterstützt. Dabei werden Kurskosten in der Höhe von 57 % durch den Kanton übernommen. Es gibt in Dietikon auch Alphabetisierungs- und Konversationskurse. Auch HEKS ist in Dietikon mit Deutschkursen aktiv. Das Angebot ist vorhanden und die Kurse gut ausgelastet. Es gibt zum Teil Wartelisten, wobei diese aber sehr schwankend sind. Alphabetisierungskurse mussten auch schon wegen zu wenig Nachfragen abgesagt werden. Zudem kann das Angebot der Stadt nicht sofort auf solche Schwankungen reagieren. Dies braucht eine gewisse Vorlaufzeit; Lehrpersonen, Räume, usw. müssten organisiert werden. Zudem muss ein Mehrangebot selber bezahlt werden, weil die vom Kanton zugesprochenen Beiträge eine Erweiterung derzeit nicht decken.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass das heutige Angebot genügt und er dieses weiterhin auf dem niederschwelligen Niveau beibehalten und nicht weiter ausbauen möchte. Der Stadtrat stellt deshalb einen Nichtüberweisungsantrag.

Diskussion

Catalina Wolf-Miranda (Grüne) erklärt, dass das Beherrschen der deutschen Sprache Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist. Integration heisst Teilnahme am Alltagsleben, sei dies auf der Bank, der Post, auf dem Spielplatz oder im Vereinsleben. Integration ist Bildung. Wenn der Stadtrat sich zum Ziel setzt Deutsch zu fördern, soll er das mit Herzblut tun. Zu wenige Kurse sind nicht förderlich. Die Grünen unterstützen deshalb das Postulat.

Esther Wyss-Tödtli (SVP) betont, dass der Stadtpräsident es richtig geäussert hat; es gibt bereits ein breites Angebot und genügend private Angebote in Dietikon, welche auch günstig sind. Es liegt in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen, sich die Sprache anzueignen. Es ist nicht Aufgabe des Staates weitere Kurse anzubieten. Niveautests A 1 sind im Internet verfügbar. Man soll prüfen was

das heisst und was die Leute können sollten. Wer sich integrieren will, soll sich selber bemühen. Die SVP ist gegen eine Überweisung des Postulats.

Esther Sonderegger-Stadler (SP) erklärt, dass der Stadtpräsident gesagt hat, dass Leute für die Einbürgerung das Niveau B 2 benötigen. Wer nicht nach Zürich in einen Kurs dieses Niveaus gehen kann, soll die Möglichkeit haben, diese Niveaustufe zu erreichen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die SVP das Postulat nicht unterstützt, obwohl sie immer Integration fordert.

Sven Johannsen (GLP) erklärt, dass er das Anliegen an sich gerechtfertigt findet. Gute Deutschkenntnisse verhindern Konflikte im sozialen Umfeld und sind vorbeugende Massnahme für den Arbeitsmarkt. Als Alternative zur Schwarzarbeit im Hausdienst ist der Job an der Migroskasse ein beruflicher Fortschritt. Diese generiert Steuereinnahmen.

Mit der Formulierung des Postulates hat er Mühe. Deutschkurse werden vom BZD organisiert. Wo werden welche Kurse bis zu welchem Niveau angeboten? Dietikon ist im Vergleich im unteren Drittel bei den Gemeinden. Was kosten die Kurse? Die angebotenen Kurse kosten rund Fr. 5.00 pro Lektion. In der Privatwirtschaft kosten diese bis zu Fr. 20.00 pro Lektion. Für Leute die Nichts besitzen sind Fr. 5.00 viel Geld. Man soll dem Postulat eine Chance geben. Die Forderung "keine Warteschlange" ist aber illusorisch. Es handelt sich um eine reine Kritik an der Formulierung des Vorstosses und nicht um eine Kritik am eigentlichen Inhalt. Der Punkt 3 des Postulates suggeriert, dass heute eine unangemessene Verteilung der Beiträge bestehe. Diese Fragestellung ist ihm unklar. Man erhofft sich aus der Antwort des Stadtrates mehr Einsicht und Klarheit.

Ganz generell kann man sich die Frage stellen, ob es Aufgabe des Staates ist, weitergehende Kurse anzubieten. Nach seiner Meinung wohl eher nicht.

Roger Studer (CVP) erklärt, dass es ihm ähnlich geht wie Sven Johannsen. Integration soll gefördert und Deutschkurse unterstützt werden. Das ist sicherlich sehr wichtig für die Integration. Zudem sollen die Kurse für alle erschwinglich sein. Er hat aber auch ein Problem mit der Formulierung des Postulats. "Keine Wartelisten" bedeutet, dass die Chance von einem Überangebot gross ist, was man sicherlich nicht will. Dieser Punkt führt dazu, dass die CVP das Postulat nicht unterstützen kann.

Die Kleine Anfrage im vergangenen Jahr gab bereits Auskunft zu den Wartelisten bei diesen Kursen. Damals hatten je eine Person im Winter und im Sommer sowie fünf im Herbst keinen Platz in den angebotenen Kursen gefunden. Wie sieht es dieses Jahr aus? Um das herauszufinden ist ein Postulat etwas übertrieben. Die CVP unterstützt die Überweisung an den Stadtrat aus diesen Gründen nicht.

Catherine Peer (SP) erklärt, dass sie es schlimm findet, dass man Integration verlangt, aber kein Gefäss dafür bietet, das erschwinglich ist und in Dietikon angeboten wird. Es geht nicht um Wartelisten, sondern darum, die Kurse auf dem Niveau A 2 weiterzuführen. Wenn es keine Teilnehmende gibt, führt man den Kurs nicht durch und somit entstehen auch keine Kosten. Man soll das Postulat überweisen, allein schon der Antwort Willen. Man kann nicht immer nur Integration fordern und nichts dafür tun; das geht nicht.

Samuel Spahn (Grüne) erklärt, dass er am Integrationsfest war. Es wurde gesagt, dass in Dietikon Menschen aus 116 Nationen leben. Der Stadtpräsident hat die Leute, welche für die Integration in Dietikon arbeiten auf die Bühne gebeten und dabei ihre Leistungen gewürdigt. Dietikon spricht Deutsch. Ein guter Leitsatz für Dietikon. Wenn man dem Stadtpräsident aber heute zuhört, ist das Gesagte enttäuschend. Es gebe leider nicht mehr Geld für die Integration. Das ist traurig. Traurig ist auch, dass sich gerade die CVP an den Wartelisten stört; "man findet es ja schon richtig, aber". Allein schon um deren Antwort Willen, soll das Postulat überwiesen werden. Und ganz generell gesagt, die paar Franken, die Dietikon die weiteren Kurse kosten, würden das Budget nicht sprengen. Diet-

ikon hat wohl ein grosses Interesse daran, den Betroffenen beim Spracherwerb zu helfen. Mütter können die deutsche Sprache den Kindern weiter geben.

Man soll über den eigenen Schatten springen und das Postulat überweisen. Der Stadtrat soll weitere Kurse für günstiges Geld anbieten.

Nadine Burtscher (EVP) äussert sich dahingehend, dass sie dem Postulat nicht zustimmen wird. Sie hat das Wort "Warteliste" gestört. In Dietikon und Umgebung wird ein weitreichendes und genügendes Angebot an Deutschkursen angeboten.

Die Ablehnung ist kein Zeichen gegen die Integration, sondern ein Hinweis darauf, dass das bestehende Angebot nicht gebraucht wird.

Abstimmung

Mit 11 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen wir das Postulat von Esther Sonderegger-Stadler (SP) nicht an den Stadtrat überwiesen.

Rechtsmittel:
Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:
- Esther Sonderegger-Stadler, Werdstrasse 2, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

GEMEINDERAT DIETIKON

Cécile Mounoud
Präsidentin

Philipp Meier
Sekretär-Stv.

Nadine Burtscher
Stimmenzählerin

Rosmarie Joss
Stimmenzählerin

Catalina Wolf-Miranda
Stimmenzählerin